

# Sämtliche fünf Eckwerte eingehalten dank solider Finanzpolitik?

URS SPRENGER\*

Ein (strukturelles) Defizit entsteht, wenn der Staat in einem Jahr mehr ausgibt als er einnimmt und somit über seinen finanziellen Verhältnissen lebt. Strukturell nennt sich ein Defizit, wenn es im Rahmen eines wirtschaftlichen Konjunkturzyklus nicht wieder abgebaut wird. Liechtenstein weist, trotz Massnahmenpaketen, seit mehreren Jahren strukturelle Defizite in seiner Landesrechnung aus. Die Finanzplanung von Regierungschef Adrian Hasler weist für die kommenden vier Jahre (2016 bis 2019) ein weiteres Staatsdefizit von insgesamt 250 Millionen Franken auf, und dies bei auffällig optimistischen Einschätzungen.

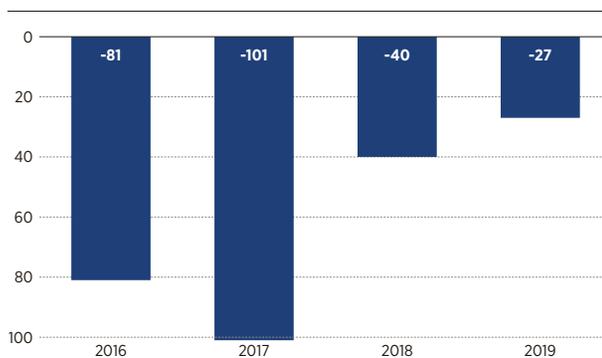
In der Schweiz wurde im Jahr 2001 auf Bundesebene mit der Einführung der Schuldenbremse ein Verbot von strukturellen Defiziten in der Verfassung verankert. Leider kennt Liechtenstein dieses Instrument bisher nicht.

Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein hatte es in seiner Thronrede im Frühjahr 2013 nach der Vereidigung des frisch gewählten Parlaments und der neuen Regierung unter Adrian Hasler angekündigt: Um Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts ins Gleichgewicht zu bringen, reichen die beiden Sparpakete der Vorgängerregierung nicht aus, ein weiteres Sparpaket müsse so rasch wie möglich geschnürt werden.

Das dritte Massnahmenpaket bzw. die Finanzplanung der Regierung Adrian Hasler beinhaltete u. a. auf der Ausgabenseite die massive Kürzung des Staatsbeitrages an die AHV und ertragsseitig die Erhöhung der Mindestertragssteuer bei Sitz-

## Operative Verluste von 2016 bis 2019

Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit setzt sich zusammen aus dem betrieblichen Ertrag und dem betrieblichen Aufwand. Gemäss Finanzplanung betragen die operativen Verluste von 2016 bis 2019 insgesamt 249 Mio. Franken.



Quelle: Bericht der Regierung | Vaterland-Infografik: Ralph Vogt

und Holdinggesellschaften sowie die Einführung einer Quellensteuer für die Grenzgänger aus der Schweiz.

So wurde zum Beispiel von einem Staatsbeitrag an die AHV von 20 Mio. Franken ausgegangen. Die Signale aus der Dezember-Debatte des Landtags haben gezeigt, dass das Parlament künftig einen Beitrag zwischen 30 bis 40 Mio. Franken anstrebt. Somit wird sich das staatliche Defizit allein mit diesem Beispiel um mindestens 10 Mio. Franken erhöhen.

Kaum Berücksichtigung haben in der Finanzplanung 2016–2019 bzw. im Budget 2016 absehbare Kosten bezüglich des Asylwesens gefunden. In der Schweiz und in Österreich werden in Sachen Kostenwahrheit realistischere und transparentere Szenarien diskutiert. Die aufgenommenen Menschen werden unserem Staat künftig jährliche Kosten in den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Bildung, Arbeit und Sicherheit in nicht

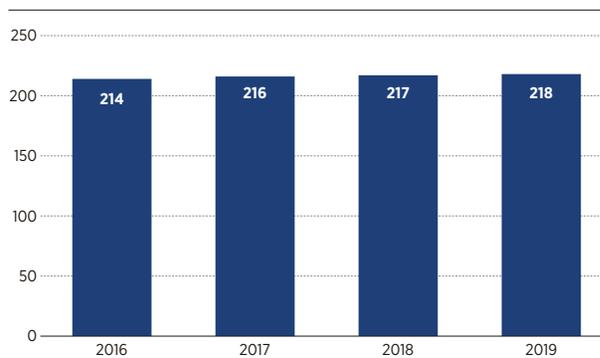
zu vernachlässigender Höhe verursachen.

Die bisherigen Sparmassnahmen haben den Mittelstand empfindlich getroffen. Die Bevölkerung erwartet, dass der Staat mit gutem Beispiel vorangeht. Wirft man einen Blick auf die Finanzplanung 2016–2019 (Bericht und Antrag Nr. 104/2015, Seite 35), ist ersichtlich, dass der Personalaufwand der Verwaltung unter Finanzminister Adrian Hasler von 205 Mio. Franken in 2014 kontinuierlich ansteigt und im Jahr 2019 218 Mio. Franken erreicht. Dies entspricht einer prozentualen Erhöhung von mehr als 6 Prozent.

Erbprinz Alois hat letzte Woche in einem Interview erwähnt (lie:zeit, S. 5ff): «Wir hatten zwar jüngst einigermaßen gute Zahlen, was den Staatshaushalt betrifft. Dies ist aber zu einem grossen Ausmass auch auf die hohen Einnahmen aus dem Finanzvermögen auf-

## Entwicklung Personalaufwands 2016–2019

Mit Aufwendungen in Höhe von 218 Mio. Franken im Jahr 2019 erhöht sich der Personalaufwand in der Finanzplanungsperiode 2016 bis 2019 um durchschnittlich 0,5 Prozent.



Quelle: Bericht der Regierung | Vaterland-Infografik: Ralph Vogt

grund der vorteilhaften Börsenentwicklung zurückzuführen. Die laufende Rechnung ist hingegen immer noch negativ. Ausserdem herrscht in Europa weiterhin eine sehr angespannte Situation, die in nächster Zeit durchaus zu zusätzlichen Belastungen und einem Rückgang der Staatseinnahmen führen könnte.»

Das Finanzergebnis wurde in der Hochrechnung für das Jahr 2015 noch im September 2015 mit einem Gewinn von 61,9 Mio. Franken ausgewiesen. Betrachtet man den Börsenverlauf anhand von Indizes etc., wäre eher ein Verlust von rund 30 Mio. Franken per Ende September 2015 angezeigt. Man darf gespannt sein, mit welcher Rendite das Finanzergebnis per Ende 2015 abschliessen wird.

Anlässlich der Landtagssitzung gab ein Abgeordneter zu Protokoll, dass die Finanzplanung des Regierungschefs «auf tönernen Füßen stehe und zudem auf Treibsand errichtet

sei!» Die laufenden Entwicklungen bestätigen nach meiner Meinung leider diese Aussagen und bringen ans Tageslicht, dass dem Vorsichts- und dem Imparitätsprinzip in der Finanzplanung und -budgetierung zu wenig Beachtung geschenkt wurde.

Im aktuell gültigen Koalitionsvertrag wurde die Sanierung des Staatshaushalts als oberste Priorität für die laufende Legislatur definiert. Regierungschef Adrian Hasler hat zu Beginn seiner Amtszeit gesagt (Rede zum FBP-Parteitag vom 16. Dezember 2013): «Es geht um Liechtenstein. Wir alle wissen, dass sich unser Land in einer finanziell sehr angespannten Lage befindet. Wir können uns eine Verschuldung nicht erlauben. Unsere Handlungsfähigkeit und unsere Souveränität können nur aufrecht erhalten bleiben, wenn wir das Steuer herumreissen und wir mutig richtungsweisende Entscheide

fallen. Das Steuer herumreissen, den Staatshaushalt in Ordnung bringen – daran lässt sich die Regierung am Ende dieser Legislaturperiode messen.»

Aus heutiger Sicht bin ich überzeugt, dass Regierungschef und Finanzminister Adrian Hasler das hochgesteckte und selbst formulierte Ziel der Haushaltssanierung nicht erreichen wird. Er hat das Steuer bisher nicht herumgerissen. Es gibt unabhängig von den nächsten Landtagswahlen 2017 zwei zentrale Fragen zu beantworten: 1. Unter welchen Bedingungen gilt unser Staatshaushalt als saniert? (z. B. mit oder ohne Einfluss des neutralen Finanzvermögens) und 2. Benötigt unser Staat ein viertes Massnahmenpaket, um seine Staatshaushaltssanierung zu erreichen?

\*Urs Sprenger ist Unternehmer in Schaan und wohnt in Heerbrugg.

In der Rubrik Podium äussern sich Persönlichkeiten, die nicht der Redaktion angehören, in lockerer Reihenfolge zu Themen aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.



Urs Sprenger  
Unternehmer